KANTON LUZERN

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 12. Dezember 2016
Kantonsratspräsident Andreas Hofer

A 225 Anfrage Töngi Michael und Mit. über die Auswirkungen der Ablehnung einer Steuererhöhung / Finanzdepartement

Die Anfrage A 225 wurde auf die Dezember-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat ist mit der dringlichen Behandlung einverstanden.
Der Rat stimmt der dringlichen Behandlung mit 109 zu 7 Stimmen zu.
Michael Töngi ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Michael Töngi: Eine Steuerfusserhöhung sei gemäss Regierungsrat die einzige Möglichkeit, um überhaupt zu Mehreinnahmen zu kommen. Dies ist auf die Steuerstrategie zurückzuführen, die offensichtlich doch nicht aufgeht, denn der Steuerfuss muss zum zweiten Mal erhöht werden. Ohne einen Plan B in den Abstimmungskampf zu gehen, ist aber schwierig. Gemäss der vorliegenden Antwort ist ein zusätzliches Sparvolumen nur mit einem flächendeckenden Abbau von Gesundheits-, Bildungs-, Sozial-, Sicherheits-, Verkehrs- und weiteren Leistungen zu erreichen. Wir erwarten von der Regierung aber eine bessere Erklärung, wo denn genau noch gespart werden kann, damit sich die Bevölkerung vorstellen kann, welche Folgen die Ablehnung der Steuererhöhung hätte. Bei den von der SVP vorgeschlagenen Massnahmen handelt es sich mehr um buchhalterische Lösungen, die das Problem einfach etwas hinausschieben. Die Regierung muss die Konsequenzen bei einer Ablehnung der Steuererhöhung klar aufzeigen.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Wenn die Steuerfusserhöhung nicht genehmigt wird, fehlen 64 Millionen Franken im Budgetjahr. Die Folgeschäden im AFP sind dabei noch nicht eingerechnet. Schlussendlich würden etwa 190 Millionen Franken fehlen. Wo weitere Einsparungen gemacht werden müssten, können wir jetzt noch nicht sagen. Wir werden keine Einsparungsmöglichkeiten nennen, ohne die Mehrheiten zu kennen. Für uns sind nur noch solche Massnahmen interessant, bei denen eine gewisse Chance für eine Mehrheit besteht. Es ist auch nicht möglich, nur bei den freibestimmbaren Ausgaben zu sparen, auch bei den gebundenen Ausgaben muss gespart werden; dazu müssten aber die Gesetze geändert werden. Ohne die entsprechenden Mehrheiten zu kennen, lässt sich heute nichts konkretisieren.